

«Kein Ausländerstimmrecht»

Der Landrat ist mehrheitlich dagegen, ausländischen Niedergelassenen auf Begehren das Stimmrecht zu geben – auch nicht in den Gemeinden.

Von Ruedi Hertach

Glarus. – Der Memorialsantrag eines überparteilichen Komitees will sowohl auf Kantons- wie auf Gemeindeebene niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländern erlauben, das Stimmrecht zu beantragen. Regierung und Landratskommission (diese mit 4:3) rieten davon ab: Der Weg zum Stimmrecht solle weiterhin über die Einbürgerung führen, betonte Kommissionspräsident Christian Marti (FDP, Glarus). Auch sprachliche Integration (Mundartkenntnis) sei in unserem Versammlungssystem nötig. Bezüglich Reformen gebe es «im Lande Fridolins andere Prioritäten».

«Interessierte zulassen»

Für den Memorialsantrag warben Myrta Giovanoli (Grüne, Ennenda), Martin Bilger (SP, Ennenda) und Andreas Kreis (Grüne, Glarus). Wer von Politik betroffen sei, solle mitentscheiden können. Bis zur Einbürgerung gehe es 12, eher 15 Jahre. Wer vorher interessiert sei, solle zugelassen werden (man wolle ja das Stimmrecht nur auf Begehren gewähren). Das Mundartargument ziehe nicht, sonst müsste es auch für Romande, Tessiner und fremdsprachige Partner gelten. Das Glarnerland solle auch hier zeigen, dass es ein offener Kanton

sei. Gerade aktive politische Beteiligung sei ein Integrationsnachweis.

«Einbürgerung als Vorbedingung»

Gegen das Ausländerstimmrecht votierten Alfred Hefü (SVP, Mollis), Peter Rufibach (BDP, Riedern), Martin Hug (CVP, Schwanden) Hans Schnyder (SVP, Netstal) und This Jenny (SVP, Glarus): Die Einbürgerung, die keine Riesenhürde mehr sei, solle der Angelpunkt zur Frage bleiben, ob jemand integriert sei. In unserem Versammlungssystem müsse man Mundart verstehen. Wer in ein anderes Land gehe, habe eben auch gewisse Nachteile zu akzeptieren.

Christoph Zürer (SP, Mollis) beantragte als Kompromiss, das Ausländerstimmrecht nur auf Gemeindeebene zu gewähren, womit die Landsgemeinde ausgespart bliebe. Aber auch davon riet Frau Landammann Marianne Dürst ab: Die Regierung habe auch dies (einschliesslich Kann-Version) geprüft, sei aber auf dieselben Gegenargumente gestossen.

In einer Eventualabstimmung mit vielen Enthaltungen zog eine (taktische) Ratsmehrheit den Memorialsantrag dem Kompromiss Zürer vor (23:17) – um ihn dann aber im Hauptentscheid (gegen linksgrüne Stimmen) umso wichtiger abzulehnen.



Nicht erhört: Anhängerinnen des Ausländerstimmrechts vor dem Rathaus – doch drinnen will es die Landratsmehrheit anders. Bild: Claudia Kock Marti